

Vorlage für die Sitzung des Senats am 21.02.2023

„Bremen als Mitglied in der Allianz der Automobilregionen“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Bedeutung der Allianz der Automobilregionen des Europäischen Ausschusses der Regionen für die Dekarbonisierung und Zukunftsfähigkeit in der europäischen Automobil- und Zulieferindustrie?
2. Inwiefern könnte das Land Bremen mit seiner starken Automotive-Branche von einer Mitgliedschaft in der Allianz der Automobilregionen profitieren?
3. Warum ist das Land Bremen im Gegensatz zu anderen Bundesländern wie Niedersachsen der Allianz bislang nicht beigetreten und inwiefern ist ein Beitritt Bremens geplant?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Über die Netzwerke des Ausschusses der Regionen (AdR) können sich Städte und Regionen austauschen und in Debatten auf EU-Ebene einbringen. Bei der Allianz der Automobilregionen handelt es sich um eines dieser vorwiegend politischen Netzwerke. Ziel des Zusammenschlusses ist es, sich auf europäischer Ebene für eine erfolgreiche Umstellung der Automobilindustrie und vor allem der Verbrennerorientierten Zulieferindustrie einzusetzen.

Insofern kann die Allianz der Automobilregionen insbesondere für jene Regionen ein sinnvolles Netzwerk sein, die über eine starke Automobil- und Zulieferbranche verfügen

und durch Werkschließungen oder Stilllegungen von Produktionslinien für Verbrennermotoren, Getriebe oder Abgasanlagen als Folge der Umstellung auf einen emissionsfreien Automobilverkehr besonders betroffen sind.

Zu Frage 2:

Eine Mitgliedschaft Bremens bei der Allianz der Automobilregionen könnte sich allenfalls auf politischer Ebene bemerkbar machen, da nur der interregionale Austausch sowie die Möglichkeiten der Mitgestaltung bei der Formulierung von Zielen und Forderungen zur nachhaltigen Umstellung des Straßenverkehrs und der Automobilindustrie Gegenstand der Netzwerkarbeit sind.

Unmittelbare Vorteile für den Wirtschaftsstandort sind dagegen eher nicht zu erwarten. Die Allianz versteht sich vorwiegend als Plattform, um die Automobil- und Zulieferregionen bei der anstehenden Transformation und Dekarbonisierung des Verkehrssektors zu unterstützen.

Bremen ist als reiner Montagestandort im Gegensatz zu vielen anderen Automobilstandorten weniger stark von den Transformationsprozessen betroffen. Weder das Montagewerk noch die regionalen Zulieferbetriebe sind auf die Produktion von Kfz mit Verbrennungsmotoren ausgerichtet. Das Bremer Mercedes-Werk produziert mit den bestehenden Anlagen sehr flexibel sowohl PKW mit Verbrennungsmotoren als auch PKW mit Elektromotoren.

Zu Frage 3:

Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa wird die Mitgliedschaft bei der im Juni 2022 gegründeten Allianz der Automobilregionen des Europäischen Ausschusses der Regionen dahingehend prüfen, ob eine Mitgliedschaft einen unmittelbaren Nutzen für den Automobilstandort mit sich bringen kann, der den mit der Mitgliedschaft verbundenen Aufwand rechtfertigt.

C. Alternativen

Keine Alternativen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Aufgrund des höheren Anteils männlicher Beschäftigter im Automobilssektor sind Männer von den anstehenden Transformationsprozessen wahrscheinlich stärker betroffen.

E. Beteiligung und Abstimmung

Eine Abstimmung mit anderen Ressorts ist nicht erforderlich.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Vorlage ist nach Beschlussfassung durch den Senat zur Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister geeignet.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa vom 09.02.2023 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.